



Barthle-Brief

Nr. 12

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

23.4.2010

Thema der Woche:

Stabile Brücken für den Arbeitsmarkt **Bundesregierung beschließt Maßnahmen zur Stabilisierung**

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind der Arbeitsmarkt und damit die Sozialkassen in Deutschland erstaunlich stabil geblieben. Es ist jetzt dennoch richtig, sich trotz der vielen guten Nachrichten nicht auszuruhen, sondern weiter Impulse zu setzen. Die Koalition aus Union und FDP handelt daher genau in diesem Sinne: Mit dem Beschäftigungschancengesetz hat das Bundeskabinett an diesem Mittwoch ein Maßnahmenpaket beschlossen, das aus der Krise heraus Brücken zu mehr Beschäftigung baut. Die durch das Konjunkturpaket II eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld – Erstattungsregelung der Sozialversicherungsbeiträge, Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen zur Kurzarbeit sowie die Gleichstellung von Konjunktur- und Saisonkurzarbeitergeld – werden bis zum 31. März 2010 verlängert. Außerdem fallen Leiharbeitnehmer zukünftig unter die gleichen Regelungen zur Kurzarbeit wie andere Arbeitnehmer. Die Verlängerung bis zum Ende des ersten Quartals 2012 ermöglicht den Betrieben eine verlässliche Personalplanung ohne Entlassungen bis über den Winter 2011/2012 hinaus.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hatte sich anlässlich eines arbeitsmarktpolitischen Gesprächs mit der Leiterin der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Frau Eva Strobel, bereits zu Beginn des Jahres für die Verlängerung der beitragsfreien Kurzarbeit ausgesprochen. Durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit werden kurzarbeitende Betriebe finanziell entlastet. Die Kurzarbeiterregelung ist gerade für Baden-Württemberg, als typisches Mittelstandsland, von größter Bedeutung. Der Arbeitsmarkt hier, insbesondere im Maschinenbau, wird von der nun beschlossenen Verlängerung stärker als anderswo in

Deutschland stabilisiert, und den Unternehmen wird eine größere Planungssicherheit gegeben.

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpaket werden aber auch die Problemgruppen am Arbeitsmarkt in den Blick genommen. Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien wird durch eine neue Ferienjobregelung der Leistungsgedanke näher gebracht. Wer als Schüler nicht lernt, dass sich Leistung lohnt, kann diese Erfahrung nicht ins Erwachsenenalter mitnehmen. Daher dürfen Schülerinnen und Schüler, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zukünftig in den Schulferien anrechnungsfrei bis zu 1.200 Euro verdienen. Sie werden damit Schülern gleichgestellt, deren Eltern nicht hilfsbedürftig sind, und können sich mit ihrer Ferien-Arbeit eigene Wünsche erfüllen. Auch die Situation von Alleinerziehenden soll verbessert werden. Alleinerziehende sind im Schnitt jünger als andere Langzeitarbeitslose, und sie sind besser ausgebildet. Dennoch verharren sie länger im Hartz-IV-Bezug. Daher werden für diese Zielgruppe in den Zielvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Arbeit, den Ländern und den kommunalen Trägern konkrete Entwicklungsmaßnahmen aufgenommen, die laufend nachgehalten werden. Zudem wird begleitend zu den Ausbildungs- und Arbeitsangeboten eine Kinderbetreuung sichergestellt. Auch ältere Leistungsempfänger sollen noch gezielter ihre Stärken und Kompetenzen in den Arbeitsmarkt einbringen. Erste Erfolge aus dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ zeigen, wie viel Potential in dieser Zielgruppe steckt. Das Konzept dieses Programms wird zukünftig flächendeckend allen älteren Leistungsempfängern zu Gute kommen.

Mit diesem Maßnahmenbündel ist die Koalition aus Union und FDP der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr entschlossen entgegengetreten. Die Situation am Arbeitsmarkt gibt uns recht!

Trauer um gefallene deutsche Soldaten

In der vergangenen Woche sind bei einem Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen. In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag ihr tiefes Mitgefühl mit den Angehörigen und Freunden der getöteten und verwundeten Soldaten zum Ausdruck gebracht. Die Aufgabe der Deutschen Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn ein Mindestmaß an Stabilität erreicht wird, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird. Auf diesen Zusammenhang hat die Bundeskanzlerin wieder hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, ihren Dienst für unsere Sicherheit leisten. Sie bezeichnete den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als notwendig im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. „Es wäre ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus“, sagte die Bundeskanzlerin.

In Trauer mit Polen verbunden

Mit einem Staatsakt sind der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria Kaczyńska am Sonntag auf der Wawel-Burg in Krakau beigesetzt worden. An der Trauerfeier in Krakau nahmen für Deutschland Bundespräsident Horst Köhler und Außenminister Guido Westerwelle teil. Der Tod zahlreicher führender Repräsentanten unseres östlichen Nachbarn ist eine nationale Tragödie. Wir können den Schmerz der Polen nachvollziehen und fühlen uns in Trauer mit unseren Nachbarn und Freunden verbunden. Bei dem Absturz sind auch Freunde und Partner, mit denen die Union über ihre Schwesterparteien politisch zusammengearbeitet hat, ums Leben gekommen. Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trauern mit dem polnischen Volk und mit den Angehörigen der Opfer. In den kommenden Wochen wird Polen den Weg zurück in die Normalität suchen. Auch diesen Weg wollen wir mit Anteilnahme begleiten.

Deutschland: Leitmarkt für Elektromobilität

Die Bundesregierung will im Rahmen eines Gipfelgesprächs mit Experten, Unternehmens- und Verbandsvertretern am 3. Mai 2010 den Startschuss für eine Nationale Plattform Elektromobilität geben. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich alternativer Antriebe wird die Bundesregierung erhebliche Mittel bereit stellen. Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung enthalten zudem eine Zusage von weiteren 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2011. Innerhalb der Bundesregierung gibt es dabei bereits eine abgestimmte Konzeption zur Förderung von Modellregionen für Elektromobilität, deren Entwicklung durch den Bund mit 115 Millionen Euro unterstützt wird. In acht Modellregionen, so beispielsweise in Hamburg und in Berlin, werden zukunftsweisende, ganzheitliche Verkehrskonzepte für Elektromobilität erprobt.

Am Montag in dieser Sitzungswoche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Federführung ihres Beauftragen für Elektromobilität, dem Konstanzer Abgeordneten Andreas Jung, in einem Fachgespräch den maßgeblichen Akteuren eine Plattform geboten, um die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen sowie politischen Aspekte dieses Themas zu erörtern. Ausgehend von dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen, geht es jetzt beispielsweise darum, in den Ballungsräumen möglichst zügig den Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge voranzubringen.

Zitat

„Jedem Mitglied dieses Hauses, das sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt hat – und das unterstelle ich jedem von uns –, war dies vor der Abstimmung über das aktuelle Mandat bewusst. Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag zu kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag)